Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: RM. 8.—, halbjährlich: RM. 4.—, vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Rpf. / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos": München, Plinganserstraße Nr. 64.

INHALT:

Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile 30 Rpf. / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des Jüdischen Echos, München, Plinganserstraße 64 / Telephon 73664/65 Postscheck - Konto: München 3987

Nr. 15 | München, 10. April 1931 | 18. Jahrgang

1931 Wochenkalender 5691

	April	Nissan	Bemerkungen
Sonntag	12	25	Omer 10
Montag	13	26	Omer 11
Dienstag	14	27	Omer 12
Mittwoch	15	28	Omer 13
Donnerst.	16	29	Omer 14
Freitag	17	30	ראש חדש יום א׳ Omer 15
Samstag	18	Ijar 1	תזריע מצרע ראש חדש יום ב׳ Omer 16 הפטרה בא אטר ד׳ השמים (Jes. 66, 1—24) פרק ב׳

Samstag, 25. April, abends 8^{30} spricht im Konzertsaal des Hotels Bayerischer Hof, Promenadeplatz, Herr

Vladimir Jabotinsky

der berühmte Redner, Verfasser von „Richter und Narr" und „Die jüdische Legion im Weltkriege", über

England, Araber und Juden

Kartenvorverkauf bei Max Hieber, Marienplatz; Ewerbuchhandlung, Ottostr. 2; Zionistische Ortsgruppe, Herzog-Rudolf-Straße 1; S. Orljansky & Sohn, Neuhauserstr. 27; Buchdruckerei Minikes, Klenzestr. 61

Das Jüdische Echo

Nummer 15 10. April 1931 18. Jahrgang

Die wirtschaftliche Krise der deutschen Juden

Von Walter Roth

In immer stärkerem Maße zwingt die jedem Juden sichtbare und von allen Juden empfundene schwierige Wirtschaftslage der Juden in Deutschland, die unter der Ungunst der Krise viel stärker zu leiden haben als die adäquaten nichtjüdischen Berufsschichten, zum Studium der Situation und zur Vorbereitung entsprechender Abhilfemaßnahmen. Voraussetzung für jede Aktion der jüdischen Selbsthilfe ist die genaue Kenntnis des Tatbestandes. Diesem auf allen Seiten tief empfundenen Bedürfnis kommt eine Studie entgegen, welche soeben im Verlag von Georg Stilke, Berlin, erschienen ist. Es handelt sich um ein Buch von Dr. Alfred Marcus, der eine soziologische Untersuchung der wirtschaftlichen Krise des deutschen Juden unternimmt. Nachstehend wird in großen Zügen eine Inhaltsangabe dieses bedeutsamen Werkes gegeben.

Marcus will in seiner Arbeit den in allen jüdischen Kreisen empfundenen aber vielfach in seinen Ursachen noch nicht begriffenen Prozeß der immer mehr um sich greifenden Proletarisierung des deutschen Judentums darstellen. Wohl als erster gibt er umfassende statistische Unterlagen zur Erkenntnis der Zusammenhänge. Seine Zahlen gehen bis zum Jahre 1930; der Verfasser gibt selbst zu, daß sie nicht immer unbedingt zuverlässig sein können, weil die Unterlagen für eine solche Statistik außerordentlich schwer zusammenzustellen sind, es kommt aber auf die unbedingte Genauigkeit der Ziffern gar nicht an: der eigentliche Gang der Entwicklung wird aus Marcus' Zahlenmaterial geradezu erschütternd klar. In Zukunft dürften Diskussionen über die Situation des deutschen Juden ohne Kenntnis dieses Materials nicht mehr geführt werden.

Die Hauptgebiete jüdischer wirtschaftlicher Betätigung in Deutschland werden in Einzeldarstellungen aufgezeichnet. Besondere Untersuchungen sind den Juden im Metallhandel, im Bankwesen, in der Textilwirtschaft und im Getreidehandel gewidmet. Weiter bringt das Buch eine eingehende Behandlung der wirtschaftlichen Entwicklung der Berliner Juden und schließt mit der Darstellung der „Wandlungen des jüdischen Wirtschaftsdenkens".

Aus der Fülle des Materials seien einige Punkte herausgegriffen: Die Gesamtzahl der Metallhandelsfirmen in Deutschland hat sich von 1913 bis 1930 um 6,5 Prozent erhöht. Im gleichen Zeitraum ist die Zahl der jüdischen Firmen um 13,3 Prozent zurückgegangen, die Anzahl der nichtjüdischen dagegen um über 50 Prozent gestiegen. Im Bankwesen hat der außerordentliche Konzentrationsprozeß der Nachkriegszeit zu einer Aufsaugung vieler privater Bankfirmen durch die Großbanken, besonders in der Provinz, geführt. Während von 1928 bis 1930 die Zahl der Privatbanken nichtjüdischen Charakters um etwa 8 Prozent gesunken ist, sind in der gleichen Zeit etwa 120 jüdische Privatbanken, d. h. etwa 20 Prozent, verschwunden. Eine ähnliche Entwicklung sehen wir bei der Betrachtung der Verhältnisse der jüdischen Bankangestellten in gehobener Position (nur diese Zahlen waren statistisch erfaßbar). In den letzten zwei Jahren ist ihre Zahl um etwa 23 Prozent gesunken. Die Motive dieser Entwicklung, dieses Judenabbaus, sind in der heutigen politischen Entwicklung klar gegeben. Man will heute die Juden nicht und man glaubt sie nicht mehr zu brauchen. Aber abgesehen von allen antijüdischen Tendenzen geht die heutige wirtschaftliche Entwicklung dahin, überhaupt die Grenzen individualistischer Tätigkeit zu verändern. Wir werden uns mit der Tatsache abfinden müssen, daß diese Epoche führender Tätigkeit der deutschen Juden in der deutschen Wirtschaft vorbei ist. Zwar versuchen die Juden immer noch, in der alten individualistischen Weise weiter zu arbeiten, beginnen aber doch allmählich sich darüber klar zu werden, daß dies gegenüber den neuen Formen der Konzentration und Durchorganisierung der Betriebe im Zeitalter der Mechanisierung aller wirtschaftlichen Prozesse einen Anachronismus darstellt.

Unter diesen Gesichtspunkten behandelt der Verfasser auch die Fragen der Berufswahl des jüdischen Nachwuchses und kommt zu dem Schluß, daß zwangsweise die Juden immer mehr die Wege der Handarbeit werden beschreiten müssen, das bedeutet also eine Umschichtung in der Richtung zur Arbeiterschaft hin. Dies bedeutet aber wiederum eine schnelle und vollständige Assimilation, Uniformierung des wirtschaftlichen Denkens einerseits und, wahrscheinlich, die zwangsweise Aufgabe des heutigen kulturellen Standards andererseits. Für Marcus ist es erwiesen (und hier wird man ihm nicht in allen Punkten folgen können), daß das wirtschaftliche Niveau der deutschen Judenheit und im Zusammenhange damit ihre individuelle wirtschaftliche Stoßkraft, schon so gesunken ist, daß sie auch aus diesen Gründen ihr wirtschaftliches Schicksal gar nicht mehr aus eigener Kraft dirigieren könnten.

Unter all diesen Voraussetzungen ist die Prognose des Verfassers für die wirtschaftliche und kulturelle Zukunft des deutschen Judentums außerordentlich schwarz. Er kann auch keine Rettung mehr in Wanderbewegungen sehen, wie sie vor dem Kriege noch in großem Umfange in Erscheinung treten konnten. Während wir im Mittelalter den Zug der Juden vom Westen nach dem Osten sahen, geht diese Tendenz heute umgekehrt vom Osten nach dem Westen; aber die Tore sind ge-

sperrt und wo sie noch, wie etwa in Frankreich, in gewissem Umfange geöffnet sind, zeigen sich bereits starke judengegenerische Tendenzen. Vor allem aber ist die Gefahr völliger Assimilation im Westen ungeheuer groß. Marcus' Diagnose zeigt die Auswegslosigkeit der jüdischen Zukunft in Deutschland. Er sagt selbst, daß es ihm in diesem Buche um nichts anderes zu tun war, als diese Diagnose zu geben.

Die Therapie kann für uns nur durch eine Einstellung auf Palästina hin gedacht werden. Diese Tendenz behandelt Marcus nicht und es wäre dankenswert, wenn er mit derselben Gründlichkeit, mit der er die Krise des deutschen Judentums analysiert, in seinem nächsten Buche die Möglichkeiten einer Überführung größerer Teile des deutschen Judentums nach Palästina untersuchen würde. Sind seine Thesen richtig, so kann es keine andere Antwort geben, als die Richtung auf Palästina für die Teile der deutschen Judenheit, die ihre wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung, oder mindestens die ihrer Kinder, sichern wollen. Die Frage der Aufnahmefähigkeit des Landes ist auch für Kreise deutscher Juden, die heute seelisch nichts oder noch nichts mit Palästina verbindet, in ein sehr aktuelles Stadium gerückt. Wenn sie über den Tag hinaus sehen und sich nicht weiter apathisch treiben lassen wollen, bleibt ihnen kaum ein anderer Weg, als den Boden vorbereiten zu helfen, damit nicht die wirtschaftliche Krise zur nationalen Auflösung des Judentums führe.

Marcus' Buch zeigt in eindeutiger Klarheit, welche Entwicklung das deutsche Judentum zwangsläufig gehen muß, wenn es sich nicht dazu aufrafft, seine Geschichte selbst in die Hand zu nehmen. Es bleibt Aufgabe der zionistischen Bewegung, aus der objektiv erkennbaren Zwangsläufigkeit der Proletarisierungstendenzen im deutschen Judentum die Kräfte zu retten und zu mobilisieren, die zum Aufbau einer starken autonomen jüdischen Wirtschaft in Erez Israel eingesetzt werden können.

„Round-table" mit den Arabern

Von V. Jabotinsky

Wie an anderer Stelle dieser Nummer angekündigt, wird V. Jabotinsky, der Führer der Zionisten-Revisionisten, am Samstag, 25. April, auch in München einen Vortrag halten. Jabotinsky ist, man darf wohl sagen, die umstrittenste Persönlichkeit der zionistischen Bewegung; unumstritten aber ist, daß er, ein glühender Zionist, schon Großes geleistet hat und mit seiner ganzen Kraft für den Zionismus, so wie er ihn eben versteht, tätig ist. Daher wird ihm auch der Gegner Anerkennung nicht versagen können. Es ist bekannt, daß Jabotinsky ein hinreißender Redner ist, der auch die deutsche Sprache schlechthin meistert; von seinen großen schriftstellerischen Qualitäten, die nach dem Erscheinen seines Romans „Richter und Narr" (auch das „Jüdische Echo" hat ihn veröffentlicht), allgemein anerkannt wurden, gibt der nachfolgende Artikel ein beredtes Zeugnis. Er wird, wie wir hoffen, unseren Lesern willkommen sein; daß mit seiner Wiedergabe eine Stellungnahme der Redaktion nicht verbunden ist, sei jedoch eigens betont. Die Red. d. J. E.

Nach der Unterredung zu schließen, welche Dr. Weizmann dem Mitarbeiter der Londoner jüdischen Zeitung „Zeit" vor seiner Abreise nach Palästina gewährte, will er jetzt in Palästina den Versuch einer Verständigung mit den dortigen Arabern unternehmen. Aber die arabischen Zeitungen melden, daß die arabischen Führer, der Mufti und die andern, von vorneherein jegliche Verhandlungen mit den Zionisten ablehnen. Daher ist es noch nicht sicher, ob die Verhandlungen stattfinden werden. Aber eines ist sicher: wenn Verhandlungen zustande kommen sollten und wenn dabei — wie wir immer noch hoffen — die Vertreter der Zionisten nicht darauf eingehen werden, auf den Zionismus zu verzichten, werden die Verhandlungen zu nichts Gutem führen.

Wir alle wollen den Frieden mit den Arabern. Einem Juden beweisen wollen, daß dieser Frieden wünschenswert ist, heißt, offene Türen einrennen. Die Frage liegt nicht bei uns Juden, sondern bei den Arabern Palästinas.

Wir alle wollen nicht nur den Frieden, wir alle, alle Juden und alle Zionisten aller Richtungen, wünschen das Wohlergehen der Araber Palästinas.

Wir wollen nicht einen einzigen Araber verdrängen, weder vom linken, noch vom rechten Ufer des Jordan. Wir wünschen ihr wirtschaftliches und kulturelles Gedeihen.

Wir alle stellen uns die zukünftige Struktur des jüdischen Palästina so vor: Die Bevölkerungsmehrheit wird jüdisch, aber die Gleichberechtigung aller Bürger wird nicht nur gesetzlich garantiert, sondern verwirklicht sein. Beide Sprachen und alle Religionen werden weitestgehende Rechte kultureller Selbstverwaltung besitzen.

Die Frage ist nur, ob dies den Arabern genügt. Und das ist leider nicht einmal eine „Frage".

Es ist unsinnig, vor großen und tiefen psychologischen Tatsachen die Augen zu verschließen. Die Araber Palästinas folgen drei politischen Parolen. Diese Parolen sind hunderte Male authentisch erklärt und gedruckt worden. Es ist unsinnig, sie totzuschweigen. Sie lauten:

1. Die Araber verlangen für sich das Recht, die jüdische Einwanderung zu kontrollieren.

Das bedeutet nicht unbedingt, daß sie die in Palästina bereits angesiedelten Juden hinausjagen oder keinen einzigen Juden mehr ins Land lassen wollen. Es ist durchaus möglich, daß sie sich sogar mit einer Fortsetzung der jüdischen Einwanderung einverstanden erklären würden. Aber sie fordern, daß das Ausmaß dieser jüdischen Einwanderung durch sie, die Araber, bestimmt werde, ihrem Willen und ihren Interessen entsprechend. Dafür fordern sie auch ein Parlament und eine ihnen verantwortliche Regierung.

2. Die Araber fordern die Schaffung einer großen arabischen Förderation, mit einem gemeinsamen Parlament und einer gemeinsamen Regierung, wie etwa Deutschland vor dem Kriege oder wie die Vereinigten Staaten.

Diese Föderation soll beide Hälften Palästinas, Syrien und Mesopotamien umfassen, viele planen auch die Einbeziehung Ägyptens. In weiterer Zukunft werden sich auch die andern Länder anschließen, die hinsichtlich der Rasse oder der Sprache arabisch sind. Um zu verstehen, was das für uns Juden bedeutet, wollen wir annehmen, daß es im Zeitpunkte der Bildung der Föderation in Palästina nicht wie jetzt 160 000, sondern 300 000 Juden gibt. Dann sind wir in Palästina — ein

Drittel der Bevölkerung. In einer Föderation mit Syrien und Mesopotamien — nur zirka 3 Prozent, wenn Ägypten dazukommt — 1,5 Prozent usw.

3. Die Araber wollen sich der europäischen Herrschaft entledigen.

Das bedeutet, daß England nicht nur Palästina, sondern auch Ägypten, den Sudan und Mesopotamien vollständig räumen, daß Frankreich Syrien, Tunis, Algier und Marokko verlassen, daß Italien Tripolitanien und Kirinaika aufgeben soll. Diese Forderung sprechen die Araber überall (auch in Palästina) ganz offen aus. Ich will diese Forderung hier nicht ihrem Wesen nach beurteilen. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß nach der Ansicht der überwältigenden Mehrheit der Franzosen, Italiener und Engländer, die Liquidation ihrer kolonialen Positionen am Mittelmeer und im nahen Osten für sie eine nationale Katastrophe bedeuten würde. Hier ist noch zu bemerken, daß die dritte Parole mit der zweiten untrennbar verknüpft ist, d. h. die Föderation ist ohne die Ausschaltung Europas undenkbar.

Wenn wir den Frieden mit den Arabern jetzt abschließen wollen, müssen wir bereit sein, ihnen in diesen Dingen Zugeständnisse zu machen. Es gibt zwar unter uns Schwärmer, welche glauben, daß man die Araber Palästinas durch Gewährung wirtschaftlicher Vorteile „nachgiebig" machen könne. Aber ganz abgesehen von der Frage, wo wir wirtschaftliche Vorteile für die Araber hernehmen sollen; diese Schwärmerei entspringt einer bodenlosen Respektlosigkeit gegenüber der arabischen Seele, welche unschön und unberechtigt ist. Einzelne Araber kann man wohl „kaufen", aber ein ganzes Volk überreden, es möge seine nationalen Ziele für „wirtschaftliche Vorteile" preisgeben, das kann niemand.

Um eine Änderung der Haltung der Araber zu unsern Gunsten zu erreichen, müßten wir ihnen unsere Mitarbeit auf dem Gebiet ihrer eigenen nationalen Bestrebungen antragen, d. h. auf dem Gebiet der oben dargelegten drei Parolen. Sonst ist jede Unterredung nutzlos.

Es ist daher interessant, zu hören, welche der drei Parolen unsere geschworenen Friedensstifter zu unterstützen bereit sind.

Die erste? Sich damit einverstanden erklären, daß die Bestimmung des Ausmaßes der jüdischen Kolonisation vom Willen unserer arabischen Nachbarn abhängen soll? Oder, sagen wir es gerade heraus, ihnen zu sagen, daß unsere Einwanderung nie eine gewisse Grenze übersteigen werde, daß die Araber in Palästina immer in der Majorität, wir aber in der Minderheit bleiben werden?

Oder die zweite? Sich nicht nur mit einer Föderation der arabischen Länder einverstanden erklären (das ist ihre Sache und nicht unsere), sondern mit der Einbeziehung Palästinas in diese Föderation, d. h. mit der Verwandlung unseres „Nationalheimes" in eines der kleinsten Ghetti der Welt?

Oder die dritte? Wir sollen England, Frankreich und Italien den Krieg erklären, die zionistische Bewegung in einen Bund von Propagandisten gegen die kolonialen Positionen dieser Mächte verwandeln, in England, Frankreich, Italien zu Feinden des Staates werden — zu Kampfgenossen der dritten Internationale?

Es genügt, diese folgerichtigen Fragen zu stellen, um zu erkennen, daß von einer Verständigung in diesem Zeitpunkte keine Rede sein kann. Das ist traurig; aber es ist eine objektive Tatsache.

Und gerade weil die Unmöglichkeit einer Verständigung mit den Arabern Palästinas im jetzigen Zeitpunkte eine objektive Tatsache ist, gerade darum ist sie bisher nicht zustande gekommen.

Sieben Jahre und länger wird die zionistische Bewegung ausschließlich von den heißesten Anhängern der jüdisch-arabischen Annäherung geführt. Die Exekutive in London und die Exekutive in Jerusalem, die zionistische Beamtenschaft und die Leitung der „Universität", die Führerschaft der „Linken", das sind fast durchweg Leute, die von der „Annäherung" träumen und sie ersehnen. Es gibt dann noch eine besondere Partei, Brith-Schalom. Die überwiegende Mehrheit dieser Leute lebt in Palästina, Seite an Seite mit den Arabern. Trotz alledem konnten sie sich bisher nicht einmal dazu entschließen, die Verhandlungen zu beginnen, sich mit den Arabern an den „runden Tisch" zu setzen. Den einzigen Versuch machten die Führer des Brith-Schalom. Ihnen aber antworteten die Araber in ihrer Zeitung „Falastin", daß auch der „Zionismus" der Herren Magnes und Lurie unannehmbar sei.

Die andern jüdischen Friedensstifter haben sich bisher nicht einmal an einen schüchternen Versuch herangetraut. Warum? — Weil sie doch noch einiges Realitätsgefühl besitzen und einsehen mußten, daß der „runde Tisch" nichts ergeben wird, bestenfalls eine runde Null.

Es besteht die Gefahr, daß das Gerede über den runden Tisch, das jeder Realität entbehrt, schwer zu schanden wird. Die gefährlichste Stelle im Brief des Mr. MacDonald ist die, wo er erklärt, daß „die volle Lösung des Problems ohne jüdisch-arabische Verständigung unmöglich ist". Das bedeutet: Wenn die Araber dem Zionismus nicht ihre Zustimmung erteilen, ist England seiner Verpflichtungen frei.

Gegen eine solche Interpretation der Mandatspflicht, gegen die Anerkennung eines arabischen Vetorechtes gegen alle Verpflichtungen, die England dem jüdischen Volk gegenüber übernommen hat, muß mit allen Mitteln gekämpft werden. Sonst wird unsere Sache wirklich hoffnungslos.

Wir müssen ein für allemal der Mandatarmacht klarmachen, daß im Mandat von den „bürgerlichen und religiösen Rechten" der Araber, nicht aber von ihrer „Zustimmung" zum Zionismus die Rede ist, und daß die Verpflichtungen Englands unabhängig von den lokalen Stimmungen bestehen bleiben.

Statt dessen (dazu noch in einem Augenblicke, wo es wie eine direkte Antwort auf Mr. Mac Donalds Brief klingt!) sagen wir: „Sie haben recht, Sir, zu Befehl!" — Und bringen selbst die Frage der Verständigung aufs Tapet, d. h. wir sanktionieren wieder im Namen des Zionismus eine Interpretation des Mandats, die für den Zionismus totbringend ist.

Es wird Friede sein in Palästina, aber erst dann, wenn die Juden die Mehrheit bilden, oder wenn die Araber sich von der Unvermeidlichkeit dieses Ausganges überzeugt haben werden, gerade dann, wenn sie erkennen werden, daß „die Lösung des Problems" nicht von ihrer Zustimmung abhängig ist. Dann werden sie die Initiative zu Verhandlungen ergreifen. Ich zweifle nicht, daß sie dann bei den Zionisten auf volle Bereitwilligkeit stoßen werden, ihnen alle Rechte zu garantieren, außer dem einen Rechte, die jüdische Einwande-

rung zu stören. Bis dahin werden alle Versuche, eine jüdisch-arabisch-politische Verständigung herbeizuführen vergeblich und dem Frieden schädlich sein, weil sie bei den Arabern Wünsche wecken, deren Erfüllung ohne Preisgabe des Zionismus unmöglich ist.

Die Notverordnung des Reichspräsidenten und der Reichsregierung

Berlin, 30. März. (JTA.) Die vom Reichspräsidenten und der Reichsregierung erlassene Notverordnung „zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen", durch welche verfassungsmäßige Grundrechte teilweise außer Kraft gesetzt werden, betrifft auch in einem hohen Maße die Sicherheit und die Ehre von Juden und Judentum in Deutschland.

§ 1 Abschnitt 3 der Verordnung besagt, daß Versammlungen verboten werden können, wenn zu besorgen ist, daß eine Religionsgesellschaft des öffentlichen Rechtes, ihre Einrichtungen, Gebräuche oder Gegenstände ihrer religiösen Verehrung beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden. Gemäß § 2 Abs. 2 wird mit Gefängnis nicht unter 3 Monaten bestraft, wer öffentlich zu einer Gewalttat gegen eine bestimmte Person oder allgemein zu Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen auffordert oder anreizt. Andere Bestimmungen der Verordnung betreffen Verbot von Plakaten, Flugblättern und Zeitungen, Auflösung von Vereinigungen, Uniform- und Abzeichenverbote usw.

Die Reichsregierung fügt der Notverordnung eine Erklärung zur Erläuterung an, in der betont wird, daß der politische und auch kulturelle Radikalismus sich in der letzten Zeit in Formen bewege, die für das deutsche Volk nicht nur beschämend seien, sondern auch Deutschland als ein Land hinstellen, in das ein schwerer Einbruch von Unkultur erfolgt ist. Auch die antisemitische Hetze gehört zu den Anlässen dieser Verordnung, die mit voller Zustimmung der Innenminister der größten deutschen Länder ausgearbeitet worden ist. Die leitenden Körperschaften der christlichen Kirchen und auch des israelitischen Glaubens haben wiederholt die Reichsregierung und auch den Reichspräsidenten um Schutz gegen diese Beschimpfungen ihres Glaubens, des Gottesbegriffs, der Glaubenseinrichtungen usw. angerufen und der Reichspräsident hat sich wiederholt erkundigt, was denn dagegen geschehe.

*

Die Notverordnung der Reichsregierung hat gewiß zur Reinigung der Atmosphäre in Deutschland beigetragen; länger hätte sie nicht mehr auf sich warten lassen dürfen. Daß trotz dieses energischen Schrittes und trotz der Rückschläge, die der Nationalsozialismus durch den Sturz Fricks und durch die Auseinandersetzungen in seiner Berliner Organisation erlitten hat, noch kein Grund zur Beruhigung besteht, beweisen die neuerlichen Meldungen über Friedhofschändungen und Überfälle auf Juden.

Die 101. Friedhofsschändung — Herrnsheim bei Worms

Worms, 31. März. (JTA.) In einer der letzten Nächte wurden auf dem jüdischen Friedhof in Herrnsheim etwa zehn Grabsteine umgeworfen und beschädigt.

Die Ermittlungen wurden durch die Gendarmerie und durch Beamte der Landeskriminalpolizei Worms aufgenommen.

Ein jüdischer Arzt von Nationalsozialisten überfallen

Frankfurt a. M., 2. April. (JTA.) Am Dienstag, den 31. März, abends, wurde ein jüdischer Arzt, der sich auf dem Heimwege von einer Operation befand, in der Gausstraße von einer Rotte Nationalsozialisten ohne jede Veranlassung angepöbelt und, obwohl er sich als Arzt auswies, mit einem Schlagring zu Boden geschlagen und fürchterlich mißhandelt. Nach dem Überfalle ergriffen die Täter die Flucht. Die Ermittlungen sind eingeleitet.

Hakenkreuzler besudeln jüdische Läden

Nordhausen, 6. April. (JTA.) In Nordhausen sind zu nächtlicher Stunde in die Schaufenster aller jüdischen Geschäfte mit Diamantglasschneidern große Hakenkreuze eingeritzt worden. Die Läden wurden in gemeinster Weise besudelt. Die Täter sind noch unbekannt.

Einberufung des XVII. Zionistenkongresses und des Council der Jewish Agency

London, 1. April. (JAT.) Die Exekutive der Zionistischen Organisation hat den XVII. Zionistenkongreß für den 29. Juni nach Basel einberufen. Der Stichtag für die Beendigung der Schekelsammlung ist auf den 4. Mai festgesetzt worden. Auf Grund der bis zu jenem Datum bei der Exekutive eingezahlten Schekolim wird die Zahl der Kongreßdelegierten für jedes Land bestimmt werden. Die Exekutive hat gleichzeitig Instruktionen wegen Durchführung der Kongreßwahlen erlassen. Die Berichte über die Ergebnisse der Wahlen müssen spätestens am 14. Juni bei der Exekutive eingehen. Die Tagesordnung und weitere Einzelheiten werden demnächst bekanntgegeben werden.

Die Exekutive der Jewish Agency hat, wie offiziell gemeldet wird, die zweite ordentliche Tagung des Council für den 16. Juli nach Basel einberufen. Die zionistischen Mitglieder des Council werden gemäß der Verfassung vom Zionistenkongreß gewählt. Wegen der Wahl der nichtzionistischen Vertreter aus den verschiedenen Ländern werden von der Exekutive die nötigen Anordnungen erlassen werden.

Gleichzeitig wird angekündigt, daß das Administrative Committee der Jewish Agency zu einer ordentlichen Sitzung für den 13. Juli nach Basel einberufen wurde.

„Haolam" erscheint weiter

London, 30. März. (JTA.) Die hebräische Wochenschrift „Haolam", die als offizielles Organ der Zionistischen Organisation in London herausgegeben wird und auf Grund eines Beschlusses der letzten Aktions-Comitee-Sitzung in dieser Woche zum letztenmal erscheinen sollte, wird, wie die JTA. erfährt, nicht eingestellt werden. Es wurden Vereinbarungen getroffen, die das ungestörte Weitererscheinen der Wochenschrift sicherstellen.

Aus der jüdischen Welt

Generalversammlung des Reichsbundes für jüdische Siedlung in Deutschland

Berlin, 27. März. (JTA.) Am 26. März fand in Berlin die Generalversammlung des Reichsbundes für jüdische Siedlung in Deutschland (RIS) statt. Nach einer Begrüßungsansprache des ersten Vorsitzenden des Bundes, Dr. Leo Loewenstein, erstattete Geschäftsführer Martin Goetz den Rechenschaftsbericht, aus dem hervorging, daß sich dem Reichsbund bereits zahlreiche Synagogengemeinden, Korporationen und Verbände als Mitglieder angeschlossen haben. Auf Vorschlag des zweiten Vorsitzenden Dr. Elkeles wurde eine Reihe von Statutenänderungen vorgenommen. Die Neuwahl des Geschäftsführenden Bundesvorstandes ergab folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Dr. Elkeles, 2. Vorsitzender Chefredakteur Alfred Rosenthal, ferner die Herren Moritz Rosenthal, Landesgerichtsrat Dr. Rau, Dr. Leo Loewenstein, Rechtsanwalt Hollander und Dr. Ludwig Tietz.

Dr. Arthur Czellitzer 60 Jahre

Berlin, 30. März. (JTA.) Der Augenarzt und Familienforscher Dr. Arthur Czellitzer in Berlin begeht am 5. April seinen 60. Geburtstag. Er hat neben einer ausgedehnten Praxis die Zeit gefunden, sich als Sozialhygieniker, Erbforscher und Genealoge einen Namen zu machen. Im Jahre 1924 begründete Dr. Arthur Czellitzer die „Gesellschaft für jüdische Familienforschung, als deren Vorsitzender er zugleich das Archiv für jüdische Familiendokumente leitet und die Zeitschrift der Gesellschaft redigiert, die rasch zu einem wissenschaftlichen Mittelpunkt aller jüdischen Genealogen geworden ist. Die ihm eigene Verbindung biologischer und genealogischer Arbeitsmethoden erwies sich als ebenso günstig für das Aufblühen dieser Gesellschaft, wie das heute allenthalben neu erwachende Interesse an Vorfahren und Familiengeschichte. Die von ihm unermüdlich propagierte Familienforschung bedeutet einen Schutzwall gegen die Zersetzung des modernen Judentums und einen Weg zur innerlichen Festigung der Jugend.

Eine thüringische Arbeitsgemeinschaft der Jewish Agency

Erfurt, 27. März. (JTA.) Auf Einladung der Erfurter Arbeitsgemeinschaft der Jewish Agency fand in Erfurt eine Veranstaltung statt, die von 140 Personen aus ganz Thüringen (Erfurt, Apolda, Arnstadt, Eisenach, Elgersburg, Gotha, Jena, Ilmenau, Langensalza, Mühlhausen, Nordhausen, Waltershausen und Weimar) besucht war. Den Vorsitz führte Rabbiner Dr. Schüftan (Erfurt). Ministerialdirektor Dr. Badt referierte unter großem Beifall der Versammelten über die Beziehungen der Juden zur Umwelt, über das Verhältnis des deutschen Judentums zur Weltjudenheit und die gegenwärtigen politischen Probleme des Judentums. In der angeregten Diskussion sprachen Landgerichtsdirektor Wachtel (Gotha), Willi Herrmann (Gotha), Rechtsanwalt Dr. Eichenbronner (Ilmenau), Frau Dr. Lippmann (Erfurt), Martin Grünstein (Elgersburg) und Rechtsanwalt Warburg (Nordhausen). — Die Erfurter Arbeitsgemeinschaft wurde zu einer Thüringischen Arbeitsgemeinschaft erweitert, in deren Komitee außer Vertretern der erwähnten Orte noch Persönlichkeiten aus Meiningen und Sondershausen gewählt wurden. Es wurde beschlossen, daß die Mitglieder des thüringischen Komitees für eine verstärkte Arbeit in den einzelnen Orten die Verantwortung übernehmen.

Wichtiges Urteil in einer Kollektivbeleidigung

Berlin, 1. April. (JTA.) Das Glatzer Schöffengericht verurteilte den Nürnberger Stadtrat Franz Gengler „wegen Aufreizung zum Klassenkampf in Tateinheit mit übler Nachrede zu einer Geldstrafe von 450 Mk. oder zu 45 Tagen Gefängnis. Den beleidigten deutschen Juden wird die Befugnis zuerkannt, das Urteil in der ‚Frankensteiner Zeitung' zu veröffentlichen". Gengler hatte in einer öffentlichen Versammlung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei in Frankenstein (Schlesien), beleidigende Äußerungen gegen die Juden gemacht und sie mit Flöhen und Wanzen verglichen. Bei seiner polizeilichen Vernehmung gab er zu Protokoll' er habe alle Angehörigen der jüdischen Rasse ohne Ausnahme gemeint. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von einem Monat. Der Vertreter zweier als Nebenkläger zugelassener Mitglieder der jüdischen Gemeinde Frankenstein, Rechtsanwalt Förder aus Breslau, führte aus, der Angeklagte habe mit seinen Ausführungen sämtliche deutschen Juden beleidigt. Das Gericht schloß sich diesen Ausführungen an und verkündete das obige Urteil.

Steuerrecht für die hessischen Gemeinden bewilligt

Darmstadt, 1. April. (JTA.) In der letzten Sitzung des Hessischen Landtags vor der Ostervertagung gelangte der Entwurf eines zweiten Abänderungsgesetzes zum Besteuerungsrecht der Religionskörperschaften zur Beratung. Der Entwurf, durch den die jüdischen Gemeinden Hessens das Besteuerungsrecht erhalten, wurde einstimmig genehmigt.

Ein neues badisches Altersheim

Mannheim, 2. April. (JTA.) Die Jüdische Gemeinde Mannheim und die Juden Badens haben am 1. April das jüdische Altersheim in der Collini-Straße seinem Bestimmungszweck übergeben. Das für 50 Insassen berechnete Haus wurde zunächst von 16 bezogen, die schon den ersten Sederabend in den schönen Räumen des Hauses verleben konnten. Besonderer Wert wurde vom Architekten, Regierungsbaumeister Fritz Nathan, dem Erbauer des neuen jüdischen Friedhofs in Frankfurt a. M., bei der Gestaltung der Räume auf das Eindringen von Licht, Luft und Sonne gelegt.

Die Wahlen in die Verwaltung der Jüdischen Gemeinde Danzig

Danzig 1. April. (JTA.) Das Resultat der am letzten Sonntag durchgeführten Wahlen in die Verwaltung der Jüdischen Gemeinde Danzig liegt nun vor. Die liberal-agudistische Liste hat eine Mehrheit von 64 Stimmen und errang 4 von den 7 Mandaten. Gewählt wurden auf dieser Liste 4 Liberale; der Agudist hatte an 5. Stelle kandidiert und wurde nicht gewählt. Auf der national-jüdischen Liste wurden 3 Mitglieder in die Verwaltung gewählt. Gegenüber den früheren Wahlen haben die nationalen Juden ihre Stimmen um etwa 50 Prozent erhöht.

Konflikte im Zusammenhang mit dem neuen Gemeindegesetz in Polen

Warschau, 30. März. (JTA.) Die Warschauer Agudah-Organisation wandte sich an die Gemeindewahlkommission mit dem schriftlichen Er-

suchen, auf Grund des neuen Gemeindegesetzes, wonach Personen, die öffentlich gegen die Religion auftreten, des Wahlrechtes verlustig gehen können, vier Mitgliedern der jetzigen Gemeinderepräsentanz, und zwar dem Führer des „Bund", Stadtrat Ehrlich, und den Führern der Poale Zion in Polen Jacob Witkin, Zerubowel und Stadtrat Jizchak Lew, das aktive und passive Wahlrecht abzusprechen. Der Brief war von den Agudahführern I. M. Lewin, S. Friedmann und E. B. Eckermann unterschrieben. Nach mehrstündiger Beratung lehnte die Wahlkommission diese Forderung der Agudah mit vier gegen drei Stimmen ab. Es heißt, daß die Agudah gegen diesen Beschluß Revision beim Regierungskommissar einlegen will.

Warschau, 1. April. (JTA.) Die Wahlkommission der jüdischen Gemeinde in Lodz, in der die Agudisten die Mehrheit haben, hat, gestützt auf § 20 der neuen Wahlordnung, sämtlichen bundistischen und poale-zionistischen Mitgliedern der jüdischen Gemeinderepräsentanz und des Stadtrates das Wahlrecht entzogen mit dem Hinweis darauf, daß sie bei verschiedenen Gelegenheiten gegen die Religion aufgetreten waren.

80 000 Warschauer Juden auf Pessachhilfe angewiesen

Warschau, 31. März. (JTA.) Wie die Warschauer jüdischen Zeitungen mitteilen, haben sich bis heute 80 000 Warschauer Juden an die Verwaltung der Jüdischen Gemeinde und an verschiedene Wohlfahrtsgesellschaften mit der Bitte um Unterstützung aus Anlaß der Pessachtage gewandt. (Die im JTA-Dienst Nr. 77 gebrachte Mitteilung über 9600 Gesuche um Pessachhilfe bezieht sich auf ein früheres Datum.) Die Warschauer jüdische Presse bringt erschütternde Einzelheiten über die jüdische Not in Warschau und teilt mit, daß jüdische Familienväter, die vor kurzem noch bemittelt waren, jetzt ihre letzten Habseligkeiten in die Leihhäuser bringen, um sich mit dem Notwendigsten für die Feiertage versorgen zu können. Das Gemeindehaus und die Lokale der verschiedenen Wohlfahrtsgesellschaften sind von Notleidenden, meist älteren Juden, belagert. Stundenlang stehen die Leute in unübersehbaren Schlangen vor den Lokalen und warten auf die Auszahlung der Unterstützung. Die Zahl der Hilfsbedürftigen ist gegenwärtig weit größer als sie während des Krieges war. Die jüdischen Zeitungen knüpfen an die Erklärungen an, die die Mitglieder der Regierung den Vertretern der Jüdischen Telegraphen-Agentur letzthin gegeben haben, und in denen von einer Besserung der Lage der Juden die Rede war, und fragen, wie die Regierung angesichts einer so verzweifelten Not, wo fast hunderttausend Juden allein in Warschau auf Pessachhilfe angewiesen sind, von einer Verbesserung der jüdischen Lage sprechen könne. In der Provinz sei die Lage noch katastrophaler. Die Regierung dürfe sich nicht mit der Abschaffung der Begrenzungen aus der Zarenzeit begnügen, sie müsse auch Erleichterungen in der Zwangssonntagsruhe schaffen und Juden als Beamte, Angestellte und Arbeiter in die Staatsämter und Staatsbetriebe aufnehmen, die gegenwärtig alle noch judenrein sind. In allen bisher der JTA gegebenen Interviews habe die Regierung keine einzige konkrete Andeutung darüber gegeben, was sie zu tun gedenke, um den wirtschaftlichen Untergang von 3,5 Millionen Juden in Polen aufzuhalten.

Der Prozentsatz der jüdischen Bevölkerung Warschaus sinkt

Warschau, 30. März. (JTA.) Das Statistische Amt der Stadt Warschau veröffentlicht Angaben über die Entwicklung der Bevölkerung der Hauptstadt der polnischen Republik seit 1917. Danach gab es im Jahre 1917 unter einer Gesamtbevölkerung von 837 234 — 343 265 (41,0 Prozent) Juden. Im Jahre 1920 zählte man unter 945 155 Einwohnern Warschaus 327 023 (34,6 Prozent) Juden. 1925 gab es unter 992 450 Einwohnern 322 546 (32,5 Prozent) Juden. 1928 gab es unter 1 049 810 Einwohnern 319 142 (30,4 Prozent) Juden. In Warschau, das die größte jüdische Gemeinde der Alten Welt beherbergt, ist also bei einem stetigen Steigen der Gesamtbevölkerung ein Sinken sowohl der absoluten Zahl wie des Prozentsatzes der Juden festzustellen. Die „Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden" weist darauf hin, daß seit 1917 der Anteil der jüdischen Bevölkerung Warschaus an der Gesamtbevölkerung um etwa ein Viertel gesunken ist. Selbst in den am dichtesten von Juden bewohnten Stadtbezirken IV und V ist der Anteil der jüdischen Bevölkerung in steter Abnahme begriffen.

Taufen unter den Juden Warschaus

Wilna, 23. März. (JTA.) Im neuesten Heft der „JWO-Blätter" (Wilna, Februar 1931) veröffentlicht die Sektion für Wirtschaft und Statistik des Jiddischen Wissenschaftlichen Instituts die Taufziffern der Warschauer Juden. 104 Juden sind in Warschau im Jahre 1923 aus dem Judentum ausgetreten; 1924 waren es 103 Austritte, 1925 — 76, 1926 — 83, 1927 — 82, 1928 — 97. Die Zahlen der Übertritte zum Judentum sind: 1923 — 42, 1924 — 39, 1925 — 23, 1926 — 34, 1927 — 34, 1928 — 21. Sämtliche Personen, die zum Judentum übergetreten sind, waren früher Juden. Überhaupt verlieren die Juden Warschaus durch Taufe im ganzen etwa 60 Seelen jährlich, die etwa 1,5 Seelen auf 10 000 Seelen der Warschauer jüdischen Bevölkerung ausmachen. Fast sämtliche Täuflinge treten zum Katholizismus über.

Zionistischer Wahlsieg in Bielsko

Warschau, 29. März. (JTA.) Den Reigen der jüdischen Gemeindewahlen in Polen eröffnete die Gemeinde Bielsko (Bielitz, polnisch Schlesien). Von 1301 Wahlberechtigten haben 1141 (88 Prozent) ihre Stimme abgegeben. Von den 30 Mandaten gewann der zionistische Block 15, die Union demokratischer Juden (liberale Richtung), die zuletzt 17 Mandate inne hatte, konnte nur 9 Mandate wiedergewinnen, die Agudas Jisroel erlangte 2 Mandate, die Orthodoxe Wirtschaftspartei 4 Mandate. Die Listen der Liberalen und der Agudas Jisroel waren gekoppelt.

Dauernde Niederlassung des Chofez Chajim in Palästina

Warschau, 1. April. (JTA.) Wie aus Radun gemeldet wird, beabsichtigt der Chofez Chajim kurz nach den Pessachfeiertagen mit seiner Familie nach Palästina zu reisen und sich dort dauernd niederzulassen.

Ritualmord-Affären vor dem Pessachfest

Kowno, 31. März. (JTA.) Eine Ritualmord-Affäre am Vorabend des Pessachfestes hat unter den Juden des litauischen Distrikts Keidan Panik hervorgerufen. Ein einjähriger Säugling, der von einer Bäuerin nach Keidan aus einem der umlie-

genden Dörfer gebracht wurde, ist auf der Fahrt erfroren. Die Mutter des Kindes hat nunmehr gegen die Bäuerin die Beschuldigung erhoben, daß sie das Kind um den Preis von 500 Lit den Juden zur Blutentziehung ausgeliefert habe. Diese Legende findet unter der bäuerlichen Bevölkerung des Bezirks Keidan Glauben. Die jüdische Bevölkerung sieht mit begreiflicher Spannung dem Ergebnis der Obduktion entgegen, die feststellen soll, ob das Kind erfroren oder eines gewaltsamen Todes gestorben ist.

Ein ähnlicher Vorfall spielte sich in dem im gleichen Bezirk gelegenen Dorf Airogolo ab, wo ein Mädchen, das ihr uneheliches Kind getötet hatte, die Schuld an dem Mord den Juden in die Schuhe schieben wollte. Glücklicherweise konnte der wahre Sachverhalt bald festgestellt werden, so daß ernste Folgen vermieden wurden.

Die jüdische Tageszeitung „Folksblatt" in Kaunas gibt der Vermutung Ausdruck, daß die beiden im gleichen Distrikt gegen die Juden erhobenen Blutbeschuldigungen von einer im Geheimen arbeitenden Stelle aus lanciert wurden.

Ein jüdisches Städtchen in Litauen durch Feuersbrunst vernichtet. — Tausende obdachlos

Kaunas, 1. April. (JTA.) Durch eine Feuersbrunst wurde das Städtchen Plungiany im Bezirk Telschi vollkommen zerstört. Es brannten 250 Gebäude, darunter 228 jüdische Wohnhäuser, die Synagoge, die jüdische Schule und andere öffentliche jüdische Gebäude, ab. Über 1000 jüdische Bewohner des Städtchens sind obdachlos geworden und haben all ihre Habe verloren. Da nur 20 Prozent der vernichteten Werte versichert waren, muß damit gerechnet werden, daß diese litauisch-jüdische Ansiedlung auch wirtschaftlich vollkommen zugrunde gerichtet ist und kaum aus eigener Kraft an den Wiederaufbau des Städtchens schreiten dürfte. Vor den Augen des an die Brandstätte geeilten Berichterstatters der JTA spielten sich herzzerreißende Szenen ab. Der Bewohner des zerstörten Städtchens hatte sich eine wilde Panik bemächtigt. Viele waren vor Schrecken wahnsinnig geworden. Die aller Habe entblößten Abbrändler sehen bitterster Not entgegen.

Zwangssonntagsruhe für die Slowakei ab Mai 1931

Prag, 1. April. (JTA.) Die Regierung hat eine Verordnung erlassen, der zufolge von Mai 1931 angefangen zunächst in der von zahlreichen Juden bewohnten Stadt Bratislava (Preßburg) und späterhin im gesamten Gebiete der Slowakei die absolute Zwangssonntagsruhe eingeführt werden soll.

In der Kommentierung der neuen Regierungsverfügung weist die jüdische Presse darauf hin, daß die ungeachtet der in den letzten zwölf Jahren von jüdischer Seite immer wieder erhobenen Proteste nunmehr von der Regierung getroffene Entscheidung eine bittere Pessachgabe für die jüdische Bevölkerung der Tschechoslowakei darstellt. Durch die Verordnung werden die jüdische Religion und das jüdische Wirtschaftsleben in der Slowakei schwer gefährdet.

Vormarsch der Nationalsozialisten in Österreich

Wien, 1. April. (JTA.) Die nationalsozialistische Bewegung nimmt auch in Österreich an Ausdehnung zu. Die weitgehende Hilfe reichsdeutscher, insbesondere bayerischer, Mandatare und sonstiger nationalsozialistischer Politiker kommt den österreichischen Nationalsozialisten besonders in der Provinz sehr zustatten. Bei den vor kurzem stattgefundenen Gemeindewahlen im Lande Salzburg konnten die Hitlerleute die verhältnismäßig große Zahl von 64 Mandaten erlangen. Der österreichische Nationalsozialismus greift auch die christlichsoziale Partei als „Katholische Internationale mit starkem jüdischen Einschlag" scharf an.

Französische Pazifisten schlagen Antisemiten und Nazionalisten in die Flucht

Paris, 29. März. (JTA.) Während die deutschen Nationalsozialisten in ihrer Presse den französischen Antisemiten schmeicheln und sie zu ermuntern suchen, sind für die französischen Nationalisten Antisemitismus und Antigermanismus noch immer synonym. Das zeigte sich wieder anläßlich der wiederaufgenommenen Aufführung des Theaterstücks „Die Affäre Dreyfus" im Theatre Ambigu. Radautruppen der Action Française und der Camelots du Roi schleuderten im Theatersaal Stinkbomben und riefen „Nieder mit Dreyfus!", „Hinaus mit den Boches!", „Hoch Frankreich!". Diesmal aber hielten die Theaterbesucher stand. Mitglieder des neu gegründeten Verbandes der pazifistischen Kriegsteilnehmer verabreichten den Störenfrieden kräftige Ohrfeigen und warfen sie zum Saale hinaus. Ihrem Führer wurde eine exemplarische Strafe zuteil. Kriegsteilnehmer schleppten ihn auf die Bühne, zogen ihm die Hosen aus und verabreichten ihm eine Tracht Prügel. Die Vorstellung konnte alsdann zu Ende gespielt werden.

Neuer Landesrabbiner für Belgien

Brüssel, 30. März. (JTA.) Das Konsistorium der jüdischen Gemeinden Belgiens wählte den Antwerpener Oberrabbiner Dr. Wiener zum Grand Rabbiner von Belgien. Während die bisherigen belgischen Landesrabbiner der nationalen jüdischen Bewegung ablehnend gegenüberstanden, ist der neue Grand Rabbin einer der Führer des belgischen Zionismus. Seit 27 Jahren übt er das Rabbineramt in Antwerpen aus.

Eine 1000-Pfund-Hinterlassenschaft für den jüdischen Nationalfonds

Brüssel, 30. März. (JTA.) Die Erben des unlängst verstorbenen Herrn Sylvain Kleinberg haben dem Büro des Keren Kajemeth mitgeteilt, daß Kleinberg in seinem Testament eine Summe von 1000 Pfund dem Jüdischen Nationalfonds vermacht hat.

**Ein Festtag des englischen Judentums
Jubiläen der United Synagogue, des Jews' College und des Jewish Religious Education Board**

London, 25. März. (JTA.) Anläßlich des 75-jährigen Jubiläums des Jews' College, der theologischen Lehranstalt der englischen Judenheit, des 70jährigen Jubiläums des aschkenasischen Synagogenverbandes (United Synagogue) und des 60jährigen Jubiläums des jüdisch-religiösen Erziehungsausschusses (Jewish Religious Education Board) fand in London unter dem Vorsitz des Präsidenten der United Synagogue Lionel de Rothschild ein Festbankett statt. Der Hauptredner des Abends war der Minister für die Dominions J. H. Thomas. Weitere Ansprachen hielten der französische Großrabbiner Dr. Israel Levi, Chiefrabbi Dr. J. H. Hertz, der Vizepräsident der United Synagogue Sir Robert Waley Cohen, der Präsident des Verbandes der spanischen und portugiesischen Synagogen Sir Francis Montefiore und der Präsident des Jews' College S. Japhet.

Die Juden in der Türkei

Berlin, 25. März. (JTA.) Die türkische Regierung in Angora veröffentlichte vor einiger Zeit die Endergebnisse der im Oktober 1927 in der Türkei stattgefundenen Volkszählung. Auf Grund dieser Veröffentlichung hat die Sektion für Wirtschaft und Statistik des Jiddischen Wissenschaftlichen Instituts das Material über die jüdische Bevölkerung bearbeitet. Die Ergebnisse sind folgende:

Es sind in der gesamten Türkei 13 648 270 Seelen gezählt worden, darunter 81 872 (0,6%) jüdischen Religionsbekenntnisses. Die 81 872 Juden setzen sich aus 38 103 Männern und 43 769 Frauen zusammen. Bei der jüdischen Bevölkerung sind die Frauen prozentual in höherem Maße vertreten als bei der Gesamtbevölkerung: auf 100 Männer fallen 107,9 Frauen bei der Gesamtbevölkerung, 114,9 Frauen bei der jüdischen Bevölkerung. Drei Viertel der jüdischen Bevölkerung der Türkei leben in Konstantinopel (46 698) und Smyrna (16 215). Überhaupt sind die Juden der Türkei nur in 6 Vilayets (Stambul, Smyrna, Edirne, Brousse, Canakkale, Tekirdag) konzentriert; in diesen Vilayets leben fast 94% der gesamten jüdischen Bevölkerung der Türkei, sie machen hier 3,5% der Gesamtbevölkerung aus. Im Vilayet Stambul (mit der Stadt Konstantinopel) ist der Prozentsatz der Juden noch höher: 5,9% der Gesamtbevölkerung; dort lebt über die Hälfte der gesamten jüdischen Bevölkerung der Türkei. Der Smyrnaer Vilayet beherbergt fast ein Viertel sämtlicher türkischer Juden.

Über die Sprache der türkischen Juden ist zu berichten: Von den 81 872 Juden haben 68 900 (84,2%) Jüdisch (d. h. Spaniolisch) als ihre Muttersprache angegeben. Die Juden der Türkei sind sprachlich nur wenig assimiliert; nur etwa ein Siebtel der türkischen Juden bedienen sich einer nichtspaniolischen Sprache, hauptsächlich natürlich des Französischen und des Türkischen. Den größten Prozentsatz spaniolisch Sprechender unter den Juden der Türkei weist der Vilayet Edirne auf (96,3%), dann folgt die Stadt Smyrna mit 94,1%; in Konstantinopel fällt dieser Prozentsatz auf 83,3%, den geringsten Prozentsatz weist der Vilayet Canakkale auf (70,6%).

Die jüdische Not in Neuyork — Das Hilfskomitee gegen die Arbeitslosigkeit verteilt Pessach-Pakete

Neuyork, 30. März. (JTA.) Vor den Polizeistationen in den jüdischen Vierteln, wo das von Bürgermeister Walker eingesetzte Hilfskomitee gegen die Arbeitslosigkeit 6000 Pessach-Lebensmittel-Pakete mit Mazzoth, Kartoffeln, Eiern usw. zur Verteilung bringt, herrscht ungeheurer Andrang. Tausende von Juden, darunter viele einstige Angehörige der wohlhabenden Kreise, sind vor den Polizeistationen angereiht und warten auf die Ausgabe der Pakete. Das Hilfskomitee des Bürgermeisters hat als Ergänzung zu den Lebensmittelgaben vor kurzem die Summe von 98 292 Dollar zur Verfügung gestellt, um armen jüdischen Familien in Neuyork die Beobachtung der Pessachvorschriften zu ermöglichen.

Wirtschaftsantisemitismus in Mexiko

Mexiko City, 29. März. (JTA.) Das Direktorium der antijüdischen und antichinesischen Vereinigung, deren Zentrale sich in Mexiko City befindet, hat an die Subkomitees aller Provinzen die Weisung ausgegeben, gegen „Juden, Chinesen, Syrer und andere Ausländer, die ins Land gekommen sind, um einen heftigen Konkurrenzkampf gegen die mexikanischen Kleinkaufleute zu eröffnen", eine intensive Kampagne einzuleiten. In den Weisungen wird für den Fall, daß die Regierung der Aufforderung, „der das Elend Tausender mexikanischer Kaufleute verursachenden Tätigkeit dieser Elemente Schranken zu setzen", nicht entsprechen sollte, die Einleitung einer „direkten Aktion" empfohlen, worunter man in Mexiko ebensowohl Boykott, wie auch Sabotageakte versteht.

Ein folgenschweres Dekret der brasilianischen Regierung

Berlin, 29. März. (JTA.) Wie aus Rio de Janeiro telegraphiert wird, hat die brasilianische Regierung durch ein Dekret verfügt, daß zwei Drittel der Angestellten sämtlicher in Brasilien bestehender geschäftlicher Unternehmungen brasilianische Staatsangehörige sein müssen. Eine nur dreimonatige Frist wird für die Umstellung gewährt. Durch dieses Dekret sind besonders die zahlreichen Juden, die im letzten Jahrzehnt eingewandert waren und noch kein Staatsbürgerrecht besitzen, schwer betroffen worden.

Die Kolonie Moza schließt mit dem arabischen Nachbardorf Colonia einen Friedenspakt

Jerusalem, 26. März. (JTA.) In der jüdischen Kolonie Moza bei Jerusalem fand der feierliche Abschluß eines Dauerfriedens zwischen der Kolonie und den Arabern des Nachbardorfes Colonia statt. Aus Colonia stammten die Aufrührer, die im August 1929 Moza zerstörten und die Mitglieder der jüdischen Familie Macleff lebend verbrannten. Auf Anregung des Kolonisten Broza, der seinerzeit unter der Anklage stand, einen Araber getötet zu haben, aber freigesprochen wurde, wurden von der Jewish Agency Scheik Sultan Abughosh und Abraham Schapiro aus Petach Tikwah mit der Führung der Verhandlungen mit den Arabern betraut. Der feierliche Friedensschluß wurde in traditioneller orientalischer Weise vorgenommen. Als Symbol der Beseitigung der Blutrache, die infolge der bisherigen Nichtbestrafung der Mörder der Familie Macleff bestand, wurde ein Schaf geschlachtet.

Baubeginn der Kadorie-Ackerbauschule

Jerusalem, 29. März. (JTA.) In einem offiziellen Communiquee wird mitgeteilt, daß die Pläne für die allgemeine Anlage, die Wirtschaftsgebäude und die Molkerei der jüdischen Ackerbauschule, die in der Nähe des Berges Tabor, Nordpalästina, aus den Mitteln des kadorischen Nachlasses errichtet werden soll, fertiggestellt sind. Von der Linie Mescha-Sejera aus wurde in das Gebiet, auf dem die Schule errichtet werden soll, eine Straße geführt. Das Gebiet selbst ist bereits applaniert. Sobald die Straße aus Mesha für Lasttransporte passierbar sein wird, was anfangs April der Fall sein dürfte, wird mit dem Bau der Wirtschaftsgebäude begonnen werden. Gegenwärtig ist der Regierungsarchitekt mit der Ausarbeitung der Pläne für das Schulhaus beschäftigt.

Palästina-Einwanderung im Januar und Februar

Jerusalem, 30. März. (JTA.) Im Monat Januar sind 104, im Monat Februar 196 Juden nach Palästina eingewandert. Außerdem erhielten in diesen Monaten 43 früher ins Land gekommene Touristen die Erlaubnis zur dauernden Niederlassung. Von den Einwanderern kamen 174 auf Grund von Zertifikaten der Jewish Agency, 89 auf Grund von Anforderungen ihrer palästinensi-

schen Verwandten, 37 als Besitzer eigener Mittel. 106 stammen aus Polen, 59 aus Rußland, 35 aus dem Yemen, 9 aus den Vereinigten Staaten, die übrigen aus verschiedenen Ländern.

Jerusalem, 30. März. (JTA.) Die jüdische Arbeiterorganisation Palästinas (Histadruth Haowdim) veröffentlicht statistische Ziffern über die Ein- und Auswanderung Palästinas im Jahre 1930. Danach sind in dem erwähnten Jahre 4944 Juden eingewandert und 1679 Juden ausgewandert. In dem gleichen Jahre sind 1489 Nichtjuden (172 mehr als im Jahre 1929, darunter einige hundert britische Polizisten) eingewandert und 235 Nichtjuden ausgewandert.

Dr. Alexander Zalkind gestorben

Jerusalem, 31. März. (JTA.) Am 28. März verstarb in Jerusalem an den Folgen eines Krebsleidens der Direktor des Rothschildspitals Dr. Alexander Zalkind. Dr. Zalkind war seinerzeit Präsident des Verbandes der jüdischen Gemeinden Rußlands und vertrat die ukrainischen Zionisten auf der Friedenskonferenz in Versailles. Im Jahre 1921 ließ er sich in Palästina nieder. Unter anderem war er auch Präsident der Hilfsgesellschaft für die verfolgten Zionisten in Rußland. An dem Begräbnis nahmen viele Tausende Personen, darunter Vertreter von medizinischen, politischen und gesellschaftlichen Organisationen Jerusalems teil. An der Spitze des Zuges schritten uniformierte Pflegerinnen der Hadassah.

Die neue Leitung des Waad Leumi

Jerusalem, 25. März. (JTA.) Die Leitung des neuen Waad Leumi wird aus drei Arbeitervertretern, 1 Allgemeinen Zionisten, 1 Misrachisten und 1 Sephardi bestehen. Von der Arbeiterpartei werden vermutlich Dr. Arlosoroff, Ben Zwi und Dr. Abraham Katzenelson, von den Allgemeinen Zionisten Elijahu Berligne, vom Misrachi Rabbi Ostrowski und von den Sephardim Elmaleh in die Leitung des Waad Leumi entsandt werden.

Ein Dizengoff-Park in Tel-Awiw

Jerusalem, 24. März. (JTA.) Das Komitee zur Feier des 70. Geburtstages von Mayer Dizengoff, Bürgermeister von Tel-Awiw, hat beschlossen, zu Ehren des Jubilars einen neuen 50 Dunam Boden umfassenden Stadtpark in Tel-Awiw anzulegen und ihn „Gan Mayer“ zu benennen.

Drei jüdische Arbeiter am Pessach in Palästina ermordet

Jerusalem, 6. April. (JTA.) Am Ostersonntag abends wurde eine Gruppe jüdischer Arbeiter auf dem Heimweg von den Zementwerken Nesher in die Kwuzah Jad Jur überfallen, wobei die Arbeiterin Inda Fishman sowie die Arbeiter Schmuel Dihel und Jacob Zamir getötet wurden. Bisher ist es der Polizei nicht gelungen, eine Spur der Täter, die zweifellos Araber sind, zu finden.

Pessach in Jerusalem — Massenbesuch an der Klagemauer — Polizeiliche Sicherungsmaßnahmen

Jerusalem, 6. April. (JTA.) Die ersten Pessachtage sind in Jerusalem ruhig verlaufen. Große Mengen von Juden waren am ersten Pessachtage vor der Klagemauer zum Gebet versammelt, wo auch Chief Rabbi Kook unmittelbar nach seiner Predigt in der Hurvah-Synagoge erschien.

Im Hinblick darauf, daß in diesem Jahre das Pessachfest, die christlichen Ostern und das mohammedanische Nebi Musa-Fest zusammenfallen, haben die Behörden umfassende Sicherungsmaßnahmen getroffen. Diese gelten aber weniger etwaigen Zusammenstößen zwischen Mohammedanern und Juden als der Überwachung der Tätigkeit der Kommunisten, die von der Kommunistischen Internationale die Weisung erhalten haben sollen, es am Nebi Mufa-Fest zu einem Blutvergießen kommen zu lassen. Drei Kommunisten wurden bei der Verteilung von Flugschriften, in denen zum Kampf gegen die Regierung, die Zionisten und die Effendis aufgerufen wird, verhaftet. Außerdem wird befürchtet, daß es zu Zusammenstößen zwischen Anhängern des Großmufti und den dieser Gruppe feindlich gesinnten Arabern aus Hebron kommen könnte. Die Araber aus Hebron sind empört darüber, daß die Einnahmen des Wakf von Hebron in der Höhe von etwa 40 000 Pfund dem Obersten Moslemitischen Rat, an dessen Spitze der Großmufti steht, zufließen, während Hebron selbst seit der Flucht der Juden aus dieser Stadt zusehends verarmt. Der Verlust an Mieten allein beträgt etwa 20 000 Pfund jährlich. Die feindselige Haltung der Araber von Hebron gegenüber dem Mufti kommt auch darin zum Ausdruck, daß sie in diesem Jahre die ihnen vom Großmufti stets gewährte Gastfreundschaft anläßlich ihrer Pilgerfahrt zum angeblichen Grab Mosis bei Jericho abgelehnt haben.

Weizmann aus Palästina abgereist

Jerusalem, 5. April. (JTA.) Der Präsident der Zionistischen Organisation und der Jewish Agency Dr. Weizmann ist in Begleitung Dr. Arthur Ruppins nach Europa abgereist.

Feuilleton

Neue Bücher

„Hygiene und Judentum“

Im Verlag von Jac. Sternlicht, Dresden-A. 1, erschien ein umfangreiches, gut ausgestattetes und mit künstlerischen Reproduktionen versehenes Sammelwerk „Hygiene und Judentum“, welches Beiträge von zahlreichen hervorragenden Ärzten und jüdischen religiösen Führern enthält. In der „Einführung“ schreibt der Herausgeber, Ministerialrat Hans Goslar, u. a.:

„Zwei Gesichtspunkte lagen im wesentlichen der Anlage dieser Sammelschrift zugrunde: Einmal zu zeigen, daß das Religionsgesetz auch in seinen als „hygienisch“ empfundenen Teilen nicht rationalistisch gedeutet und bestenfalls als kluge Vorwegnahme — um Jahrtausende! — viel später erst zum Teil wissenschaftlich-empirisch auch begründeter Vorschriften anerkannt werden kann. Zu gewaltig ist dieser Geistesbau, um Menschenwerk sein zu können, zu riesenhaft seine Quadersteine, als daß sie mit den schwachen Werkzeugen aus menschlichem Arsenal hätten behauen werden können. In unlösbarer Verschlungenheit und engster innerer Verbundenheit sind Bestimmungen aus allen Gebieten, auf denen sich menschliches Leben betätigen kann, ineinandergewebt. Nirgends kann das Seziermesser des geschicktesten Anatomen der Kritik sie trennen,

ohne den Bau des Ganzen, die erstrebte Gesamtwirkung zu gefährden. Nicht durch einzelne als „hygienisch“ erkannte Teile allein wirkt das Gesetz lebensspendend, sondern in seiner Ganzheit, und niemals erscheint die körperliche Gesundheit allein Selbstzweck, sondern als ein Effekt. Ewig, überzeitlich, in die fernsten Entwicklungszonen der Menschheit hineinprojiziert, durchzittert vom warmen Lebenshauch des Schöpfers, umwittert vom Sturmwind der geistigen Bergeshöhen, wo die ganz großen Gedanken geboren werden, und doppelt geheiligt von den Meeresfluten jüdischen Blutes, das in mehr als zweitausend Jahren um seinetwillen geflossen ist, steht das Gesetz da und bedarf zu seiner Vollendung nur wieder einer Generation, die die Größe besitzt, sich zu ihm durch die Tat zu bekennen, es wieder zu leben. Und so das Zweite: Den Juden der Gegenwart kann nicht oft und nicht eindringlich genug vor Augen geführt werden, was sie an seelischen und für ihre geistige und körperliche Gesundheit bedeutsamen, unersetzbaren — und auch unersetzt gebliebenen — Werten eingebüßt haben, als sie ihren religiös-kulturellen Eigenbesitz im 19. Jahrhundert in dem „Assimilation“ genannten großen Prozeß aufgegeben haben. Mit der Abkehr von dem „Baum des Lebens“, wie das Gesetz sinnvoll und im tiefsten Grunde wahrheitsgemäß genannt wird, schwinden auch die Lebenskräfte des jüdischen Stammes. Alle noch erzielte Leistung von überragender Bedeutung zehrt nur noch aus dem Reservoir, das die Väter durch Hochzüchtung in 100 Generationen angelegt und in hohem Pegelstand erhalten hatten, das jetzt aber vor der Gefahr des Austrocknens steht. Der — von den besten Juden aller Gruppen und Richtungen — erstrebte seelische Gesundungsprozeß des deutschen und Weltjudentums kann nie das Resultat irgendwelcher Experimente, sondern nur Folge der Wiedervermählung modern jüdischen Geistes mit der lebenspendenden Atmosphäre des Gesetzes der Thora sein.“

Der Abschnitt „Das Religionsgesetz als Grundlage“ enthält u. a. Beiträge von Oberrabbiner Dr. Joseph Carlebach-Altona (Religionsgesetz oder hygienische Vorschrift?), Gemeinderabbiner Dr. Felix Goldmann-Leipzig (Die hygienische Bedeutung des jüdischen Ritualgesetzes). Der Abschnitt „Die Ausstrahlungen des Gesetzes“ enthält u. a. Beiträge von Rabb. Julius Samuel-Oslo (Der Sabbath), Dr. med. E. Schlüssel-Berlin (Hygienische Auswirkungen der Beschneidung), Dr. med. Gustav Löffler-Frankfurt a. M. (Von jüdischer Sexualhygiene), Dr. Else Rabin-Breslau (Sexualethische Prinzipien und jüdischer Volksgeist), Dr. Jacob Segall-Berlin (Die sozialhygienische Bedeutung der jüdischen Ehegesetzgebung), Dr. J. Kallner-Spandau (Schächtvorschriften und Volkshygiene), Dr. Alfred Nossig-Berlin (Die jüdische Volkshygiene als Erzieherin zur seelischen Vervollkommnung), Rabb. Dr. Max Eschelbacher-Düsseldorf (Das Morgengebet und die geistige Gesundheit), Prof. Dr. A. Baginsky-Berlin (Dreieinhalb Jahrtausend alte und doch modernste Hygiene). Im Abschnitt „Das talmudische Schrifttum als Quelle der Hygienevorschriften“ schreiben Rabb. Dr. Bamberger-Schönlanke über „Jahrtausende alte lebendige Weisheit“, Dr. Max Grunwald-Wien über „Biblische und talmudische Quellen jüdischer Eugenik“, Dr. med. Oskar Wolfsberg-Berlin über „Einiges über die Hygiene des Säuglings- und Kindesalters im Talmud“, Dr. W. Rappaport-Berlin gibt „Bemerkungen“. Der Abschnitt „Aus großer Vergangenheit“ enthält Beiträge von Ernestine Eschelbacher-Berlin (Die jüdische Frau als Mitarbeiterin in der Hygiene), Dr. Jacob Jacobson-Weidmannslust, Dr. Hermann Vogelstein, Sanitätsrat Dr. Simon Scherbel. Der Abschnitt „Im Wandel der Zeiten“ bringt Aufsätze von Dr. med. Felix A. Theilhaber-Berlin (Die Sterblichkeit des jüdischen Nachwuchses und die Geburtenfrage), Prof. Dr. W. Hanauer-Frankfurt a. M. (Die bevölkerungspolitische Lage der deutschen Juden), Dr. med. Saul Mezan-Sofia (Morbus judaicus, Versuch einer jüdischen Sozialpolitik). Der Abschnitt „Praktische Hygienearbeit — Zukunftsaufgaben“ hat folgenden Inhalt: a) Deutschland: 1. Die doppelte Wurzel der modernen jüdischen Sozialhygiene. Von Eugen Caspary, Leiter des Wohlfahrtswesens der Jüdischen Gemeinde; 2. Zedakah und Sozialversicherung. Von Dr. Georg Baum; 3. Einrichtungen und Aufgaben der Gesundheitsfürsorge der jüdischen Wohlfahrtspflege in Deutschland. Von Frieda Weinreich-Berlin. b) Der Osten: 1. Die Grundlagen der Tätigkeit der Gesellschaften für Gesundheitsschutz der Juden „Ose-Toz“. Von Dr. L. B.; 2. Neue Formen der Mädchenerziehung im jüdischen Osten. Von Eva Landsberg-Krakau. c) Das neue Palästina: 1. Die jüdischen sanitären Institutionen. Von Isi Eisner; 2. Der Gesundheitsstand der Juden Palästinas. Von Josef Burg; 3. Die Heilquellen Palästinas. Von Sanitätsrat Dr. Lachmann-Bad Landeck.

Nationalsozialismus. Von Friedrich Franz v. Unruh und Dr. C. Busemann. Societätsverlag Frankfurt a. M., 1931. 66 S. RM. 1.—.

Unruh brandmarkt in seinen journalistisch ausgezeichneten Artikeln die Führer wie die Mitläufer des Nationalsozialismus, ihm ist das Unmögliche, Unaufrichtige der Ideologie ehrlich verhaßt. Doch scheint er mir in Wahrheit nur über den Menschen des Nationalsozialismus, nicht über dem Nationalsozialismus selbst zu stehen. Er verspottet den urteilslosen Arbeiter (16), verbeugt sich aber vor Ebert und Rathenau (43), er schmäht den feigen Juden (35) und lobt den tapferen (10), er liebt den Deutschtumsverkünder Gundolf (12), er sympathisiert relativ mit Otto Straßer (24), er erklärt einen Teil des nationalsozialistischen Erfolges aus Stresemanns Tod (39) und er vermittelt menschliches Verständnis mit dem anfänglich „mutigen“ und „unbeirrten“ Hitler (21). In alledem liegt vielleicht psychologische Feinfühligkeit und Kultur, politisch aber nichts als allerhöchster Heroenkult, gebändigte, doch unbesiegliche Sehnsucht nach dem starken, voranschreitenden Manne, alles ohne eigenen Leitfaden. Die elementaren realen Notwendigkeiten der Politik sind Unruh selbstverständlich geläufig; unfähig aber ist auch er zu konstruktiven, organisatorischen Kampfplänen gegen den Nationalsozialismus. So kann er nur mit dem Aufruf schließen: „Stellen wir der brutalen, willkürlichen Diktatur die kategorische des Gewissens entgegen; der Herrschaft der Phrase die der Vernunft. Dem Hurra-Nationalismus wirkliches Deutschtum im Sinne Luthers und Lessings, Goethes und Kants, des Freiherrn vom Stein.... Kurz: der Reaktion — die Liebe zur Republik.“

Dr. Busemann kämpft im Anhang gegen die 7 wirtschaftlichen „Programmpunkte“ des Nationalsozialismus, besser: gegen ebensoviel Windbeutel, an.

So begrüßenswert das Erscheinen der Broschüre auch ist, so wenig stellt sie eine wirkliche Bekämpfung des Nationalsozialismus dar.

Ist es nun tatsächlich ganz unmöglich, wirksam

gegen den Nationalsozialismus zu kämpfen? Bietet die Bewegung ihren Gegnern nur so schmale Angriffsflächen, wie ihre vage formulierte und schwankend ausgelegten Programmsätze es sind? Man kann doch erkennen, daß die Bewegung in dem entscheidenden Punkt, der Innenpolitik, in der Arbeiterfrage, die Arbeiterschaft hintergeht. Unruh erkennt das auch und spricht es aus. Aber wie soll er und wie soll die „Frankfurter Zeitung", in der die Aufsätze zuerst erschienen sind, in dieser Sache vorgehen? Unruh und die „Frankfurter Zeitung" sind weder christlich-gewerkschaftlich noch sozialistisch in irgendwelcher Tönung. So begnügen sie sich denn mit leisen Warnungsrufen an die Adresse der Arbeiterschaft. Laute, überzeugte, wütende Entrüstung hören wir von dieser Seite her vielleicht gegen den Radauantisemitismus protestieren. (Unruh hält übrigens auch hier viel Maß.) Aber solcher Protest ist noch kein wirksamer Kampf gegen den Nationalsozialismus. Denn hier sind ihrerseits die Mittel- und Linksparteien gelassen. Hier hat der Nationalsozialismus nichts ernstlich zu befürchten; darum wird er hier auch deutlicher, als in der anderen Frage! Herr von Unruh aber ist sicherlich sofort und entschieden gegen jeglichen Radau, während man über Antisemitismus wird lange mit ihm diskutieren können. Und mit dem jüdischen Volk könnte man, wenn es dergleichen Aussprachen gäbe, ebensolange über soziale Fragen diskutieren. Es bejaht auch mancher von uns Juden einen primitiv-konsequenten Nationalismus. Um so diskutabler wird der Nationalsozialismus! Wenn man überhaupt nationalistisch denkt, ist man heute fast gezwungen, Primitivitäten mit in Kauf zu nehmen; denn gemessen an der Unfähigkeit der Masse ist der Nationalismus noch blutjung. So ist denn heute weder spezifisch jüdischer Kampf gegen den Nationalsozialismus möglich, noch hat es — ebenfalls heute — Aussicht auf beträchtlichen Erfolg, wenn man nichtjüdische Mitkämpfer anfordert. Herrn von Unruh müssen wir für seine menschlich feine Gesinnung aufrichtige Anerkennung zollen; ihm für etwas zu danken, besteht kein Anlaß. Vielleicht kommt es auf irgend einer Etappe des Kampfes gegen den Antisemitismus zu einem Bündnis zwischen Parteien und Gruppen, die aus verschiedenen Gründen gegen den Nationalsozialismus sind. Eine Voraussetzung dafür aber ist — wenn auch nicht gerade der Geist Goethes und Kants — Klarheit, weit stärkere Klarheit über die eigene Stellung, als sie sich bei Herrn von Unruh oder sonst in den Spalten der „Frankfurter Zeitung" gegenwärtig findet. F. P.

Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen im Volksschulrecht. Von Dr. Max Stiefelzieher. Preis RM. 6.—. Verlag B. Heller, München, Plinganserstraße 64.

Die schwierigen Fragen des Volksschulrechts nach der Reichsverfassung haben schon nach verschiedenen Richtungen ihre Darstellung gefunden; doch sind dabei eine ganze Reihe von Problemen, namentlich soweit die Religionsgesellschaften, und unter diesen die jüdische, und Weltanschauungsvereinigungen betroffen sind, unerörtert geblieben. Die vorliegende Arbeit unternimmt es nun erstmals, das auf diesem Gebiete geltende Recht erschöpfend darzustellen.

Im ersten Hauptteil werden, nach einer guten historischen Einleitung, der Grundsatz der ausführlichen staatlichen Schulverwaltung nach dem Prinzip des Art. 144 der Reichsverfassung mit der geschlossenen Zahl von sieben Ausnahmen, dann die Rechte der Religionsgesellschaften in der Verwaltung des Volksschulwesens nach dem bayerischen Konkordat vom 29. März 1924 behandelt. Der zweite Hauptteil, der der Arbeit ihre Sonderbedeutung gibt, hat zum Gegenstand das Recht der jüdischen Volksschule und des jüdischen Religionsunterrichts in der Volksschule nach Reichsrecht und den Hauptlandesrechten. Schließlich wird die rechtliche Stellung der Weltanschauungsvereinigungen im Volksschulrecht dargestellt.

Für alle jüdischen Gemeinden, Vorstandsmitglieder, Lehrer und Verwaltungsbeamten, die überhaupt mit Schul- und Unterrichtsfragen befaßt sind, dürfte das Buch unentbehrlich sein.

Prinz, Helden und Abenteuer der Bibel. Paul Baumann Verlag, Berlin. — Es hat bisher immer an literarisch vollwertigen biblischen Erzählungen gefehlt. Es haftete an fast allen bisher bekannten Wiedergaben der biblischen Geschichte etwas Muffiges, Unfreies und Unjugendliches an. Zum erstenmal wird hier versucht, in einwandfreiem heutigen Deutsch die Geschichten zu erzählen, wie es die Psyche des Kindes verlangt. Man muß diesen Versuch als überaus gelungen betrachten. Zum erstenmal ist hier ein Kinderbuch nicht geschrieben worden, sondern auf eine neuartige und bisher noch nicht erprobte Methode Kindern erzählt und während der lebendigen Erzählung aufgezeichnet worden. So haben diese alten Geschichten die Ursprünglichkeit der Bibel behalten und an neuer Lebendigkeit gewonnen. Eltern und Kinder werden dem Verfasser dafür Dank wissen.

F. M. Feller: Antisemitismus. Versuch einer psycho-analytischen Lösung des Problems. Verlag des Archivs für angewandte Psychologie, Berlin 1931. — Wir bedauern, dieser Broschüre ein günstiges Urteil nicht ausstellen zu können. Die Ablehnung resultiert nicht ewa aus dem Umstande, daß dem Verfasser antisemitische Motive zu unterstellen seien. Vielmehr werden in dieser Broschüre klare Begriffe verdunkelt, falsch angewandt, Probleme verkleistert und mit einem Dilettantismus sondergleichen durch die Zeiten gezerrt. Nein, so geht es nicht! Wir wollen uns dagegen verwahren, auch wenn es ein Buch ist, das uns freundlich gesinnt ist. Peinlich die Vereinfachung der Begriffe „Zivilisation" und „Kultur", peinlich die unwissenschaftliche Einteilung in arische und jüdische Zivilisation, peinlich, wenn man diesen Satz liest: „Als Vorbild für die Welt arischer Zivilisation können wir das alte Griechenland (Athen) und das alte Rom betrachen." (Dabei gilt seit Jahrzehnten der Einfluß der assyrischen Kultur auf die hellenische, der ägyptischen auf die römische als wissenschaftlich einwandfrei festgestellt!); am peinlichsten, wenn behauptet wird, der Jude Christus habe das Christentum erfunden. Erfunden! Das ist sehr grober Dillettantismus, Verkennung einfachster historischer Vorgänge. Nein, das geht nicht! Dr. K.

Eine „Geschichte des Chassidismus", der bedeutsamsten religiösen Bewegung im neuzeitlichen Judentum, aus der Feder von Prof. Simon Dubnow, dem Verfasser der zehnbändigen „Weltgeschichte des jüdischen Volkes", beginnt jetzt im Jüdischen Verlag, Berlin W 50, zu erscheinen. Das zweibändige Werk ist die erste zusammenhängende historische Darstellung des Chassidismus, die auch zahlreiches, bisher unbekanntes Material im Privatbesitze von Prof. Dubnow verwertet. Soeben erschien der erste Band, der zweite Band gelangt im Mai d. Js. zur Ausgabe.

Der Morgen. Das erste Heft des siebenten Jahrgangs ist soeben erschienen. Einige geleitende programmatische Sätze legen Richtung und Ziele des neuen Jahrgangs dar, wie sie sich aus der Fortführung des bisher Gebotenen und der geistigen Lage der Gegenwart ergeben. Das Aprilheft nimmt mit einer Reihe besonders bedeutsamer Arbeiten die angezeigte Linie auf. Leo Baek eröffnet das Heft mit einer Betrachtung über „Volksreligion und Weltreligion". Es folgt ein Abschnitt aus dem Josephroman von Thomas Mann, „Das bunte Kleid", ein jüngst entstandenes in sich abgeschlossenes Einzelbild von großer Schönheit. Aus dem Nachlaß Franz Kafkas erscheint eine Reihe bedeutsamer philosophischer Aufzeichnungen: „Vom menschlichen Dasein", „Von der Sünde", „Von der Hoffnung". Der Dorpater Religionsphilosoph D. Werner Gruehn gibt eine aufschlußreiche Einführung in einen außerordentlich interessanten Wissenskreis: „Die Stufen der mystischen Versenkung und ihre seelischen Hintergründe". Max Dienemann ergänzt diese Ausführungen durch eine Betrachtung, „Erlebnis und Tat", in der er das eigenartige Wesen der jüdischen Mystik darlegt. Eine eingehende Darlegung und Kritik „des nationalsozialistischen Wirtschaftsprogramms" von Margarethe Wiener kommt einem allgemeinen Bedürfnis nach Aufhellung dieses Fragekomplexes entgegen. Paulus van Husen gibt einen Überblick über „Die geistigen Strömungen im Katholizismus Deutschlands". Der Frankfurter Universitätsprofessor Franz Weidenreich behandelt „das Problem der jüdischen Rasse" mit Sachkenntnis und großer Überlegenheit. Leopold Merzbach legt in vorzüglichen „Betrachtungen zur Wirtschaftslage" die Ursachen der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise dar, und Gerhard Schacher beschließt seine Ausführungen: „Die wirtschaftliche Lage der jüdischen Minderheiten in Südosteuropa".

Gemeinden- und Vereins-Echo

Zionistische Ortsgruppe München. Mittwoch, den 18. März, fand die ordentliche Generalversammlung der Zionistischen Ortsgruppe statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung hielt Herr Dr. Emrich ein kurzes Referat über „Probleme der zionistischen Propaganda". Hierauf erstattete Herr Lichtenauer als erster Vorsitzender Bericht über die Arbeiten im abgelaufenen Geschäftsjahr. Den Kassenbericht erstattete Herr Hirsch, den Bericht über den Keren Hajessod Herr Lustig, über den Keren Kajemeth Fräulein Blau, über die Schekelaktion Fräulein Hohenberger, über die Hebräischen Sprachkurse und das Palästinaamt Herr Grünbaum. Herr Lichtenauer berichtete über die Gemeindearbeit.

Nach vorgenommener Entlastung des Vorstandes wurde zur Neubesetzung der Ämter geschritten. Die Wahlen ergaben folgendes Resultat: Ehrenvorsitzender: J.-R. Dr. Elias Straus; erster Vorsitzender: Bernhard Lustig; zweiter Vorsitzender: Dr. J. Emrich; Schriftführer: Dr. J. Emrich; Kassier: Gottfried Hirsch; Beisitzer: Dr. Leopold Berger und Frau Dr. Eliasberg; Keren-Hajessod-Kommission: Bernhard Lustig, Justin Lichtenauer, Paul Grünbaum, Gottfried Hirsch, Dr. Albert Weihl, Dr. Berthold Weiß; Nationalfonds-Kommission: Dr. J. Emrich, Frau Meta Harburger; Schekelkommission: Camilla Hohenberger, Franz Holzinger; Presse-Ausschuß: Jakob Reich, Dr. Julius Siegel, Dr. Raphael Straus; Kassenrevisoren: Max Landmann, Joseph Schachno; Hebräische Sprachkurse und Palästinaamt: Paul Grünbaum; Vertreter für den Gesamtvorstand: J.-R. Dr. Emil Fränkel, Dr. M. J. Gutmann, Theo Harburger, D. Horn und ein jüngerer Vertreter der Ostjuden, der noch kooptiert werden soll.

Jüdischer Nationalfonds München

Denket daran, daß Euere Büchsen von ehrenamtlichen Helfern geleert werden. Wir bitten Euch, unseren Mitarbeitern gegenüber zuvorkommend zu sein, und ihnen nicht durch unfreundliches Auftreten die Lust an der Arbeit zu nehmen und ihnen die freiwillige Hilfe zu erschweren.

Verein für Jüdische Museen in Bayern

Der im vorigen Winter ins Leben gerufene Verein hält am Mittwoch, 22. April, abends 8.15 Uhr im Saale der Gesellschaft „Concordia", Prannerstraße 4, seine erste ordentliche Mitgliederversammlung ab. Die Tagesordnung sieht vor:

1. Bericht des Vorstandes. 2. Vorstandswahlen und Aufstellung des Ehrenausschusses. 3. Propaganda. 4. Verschiedenes. 5. Vorlegung der Erwerbungen.

Im Anschluß hieran findet ein Vortrag des Geschäftsleiters, Herrn Theodor Harburger, über „Jüdisches Museumswesen" mit Lichtbildern statt. Gäste sind bei dieser Veranstaltung sehr willkommen.

Jüdischer Jugendverein München

I. Donnerstagabende: Lessingsaal, Beginn 20.30 Uhr. 16. April: „Unser Preisausschreiben." 23. April: Presseabend.

II. Freitagabende: Jugendheim, Herzog-Rudolf-Straße 1. Beginn 20.30 Uhr. Alle jungen Juden Münchens, denen die Weihe eines häuslichen Freitagabends versagt ist, sind uns herzlich willkommen.

III. Tennisgruppe: Unsere Tennisgruppe nimmt ihre Tätigkeit wieder auf. Interessenten wenden sich an Herrn Ing. Naschitz, Krumbacher Str. 9.

*

Das Jacobsonheim in Seesen wird am 1. Mai dieses Jahres wieder für erholungsuchende Jugendliche beiderlei Geschlechts im Alter von 14 bis 25 Jahren eröffnet.

Die Aufenthaltsdauer im Heim beträgt 2 oder 4 Wochen, der tägliche Verpflegungspreis 2.75 RM.

Es sind noch Plätze im wesentlichen für die Monate Mai, Juni und September verfügbar. Für Schüler und Schülerinnen sind auch auch noch einige Plätze für die Monate Juli und August frei.

Möglichst rechtzeitige schriftliche Anmeldungen werden an den Reichsausschuß der jüdischen Jugendverbände, Berlin-Charlottenburg, Kantstraße 158, Gths., erbeten.

Spenden-Ausweis

Münchener Spendenausweis Nr. 24 vom 26. März bis 7. April 1931

Purimspenden: Gesammelt durch Frl. Dora Fränkel: Hilde Kohn 10.—, N. N. 3.—, Rosi Mendler 1.—, Dora Fränkel 5.— = 19.—.

Spendenbuch: Herr L. Spielmann anläßlich der Hochzeit seiner Tochter Bertl mit Herrn Erich Goldschmidt 10.—.

Büchsen, geleert durch Lilli Felix: Jakob Schorr 3.63, Markus Eisen 7.12, E. Löwenherz 2.—, B. Löwenstein 2.03, Rest. Schwarz 4.33, J. Rabinowitz 5.78, Gustav Sachs 4.53, Edith de Beer —.63, M. Pistiner 3.03, Mina Hahn —.33, N. N. 1.20, Frau Falkenstein —.75 = 35.35.

Geleert durch Jackie Renka: Moritz Schlesinger 10.45, Frau Dobin 3.97, L. Ehrenhaus 1.61, Oskar Laufer 4.16, Frau M. Bohrer 2.10, Rotberg-Urband —.58, Holzmann —.50 = 23.37.

Geleert durch Frl. Betty Sturm: Isidor Wien 11.—, Frau Frydmann 2.22, Robert Minikes 5.90, Rit, Speiseanstalt 1.92, Leon Jakob 5.93, Frau E. Gutter 4.14, Jakob Fischer 2.65, Jos. Goldmann 1.—, Max Strauß 2.70, J. Iram 1.—, J. Stobetzky —.50 = 38.96.

Einzelne Büchse, geleert durch Albrecht Fröhlich: Frl. Ida Gutmann —.85. Zus. 98.53.

Summe: 127.53.

Gesamtsumme seit 1. Oktober 1930: 4053.82.

Spendenausweis des Nürnberger Büros vom 27. März 1931

Spendenbuch: Frau Dr. Ascher anl. des Todes ihrer Mutter 15.—, Dr. Rich. Offenbacher und Frau (Fürth) anl. d. Geb. ihres Sohnes 10.—, Herr und Frau Kurt Ottensooßer anl. d. Geburt ihres Sohnes 5.—, Herr und Frau Jul. Goldschmidt anl. d. Verlobg. ihres Sohnes 5.—, Frau S. Schrotter anl. ihres 88. Geburtstages 3.—.

Allgemeine Spenden: Tellersammlung anl. Ortsgruppenabend 3.96.

Imi-Tasche: Rosi Birnbaum (Fürth) 3.93.

Büchsen: Krailsheimer 6.20, Kom.-Rat Cohn 6.11, Dr. J. Weinschenk 3.—, 11 Büchsen unter Mk. 3.— = 16.97, zus. 32.28.

Bäume für Frau Rosl Löb s. A.-Garten: Anläßlich des Hinscheidens von Frau Rosl Löb s. A. gründen Freunde u. Bekannte zu ihrem Andenken einen Garten in Palästina: 2. Ausweis: Leo Forchheimer u. Frau 6 B. 36.—, Karl Weil 1 B. 6.—, Siegfried Neumetzger u. Frau 1 B. 6.—, Siegfried Saemann u. Frau 1 B. 6.—, Kom.-Rat Saemann u. Frau 1 B. 6.—, Frau Minna Goldschmidt 1 B. 6.—, Dr. Schmeidler u. Frau 1 B. 6.—, Herr Früh 1 B. 6.—.

Bäume für Frau Martha Kohn-Königshöfer s. A.-Garten: Anläßl. des Hinscheidens von Frau Martha Kohn-Königshöfer (London-Fürth) gründen zu ihrem Andenken einen Garten in Palästina: Claire Königshöfer 3 B. 18.—, Dr. Leo Kohn 2 B. 12.—, Benno Kohn (Frankfurt) 1 B. 6.—.

Summe: 192.17.

Seit 1. Oktober 1930 aufgebracht: 3369.17.

Würzburger Spendenausweis seit 24. Februar 31

Im Spendenbuch: Verlobg. Fränze Steinhardt-Oppenheimer 10.—, Frau Rahel Wolff anl. ihres 75. Geburtstags 20.—.

Purim-Spenden: N. N., Dr. Nürnberg, Just. Kleemann, je 10 M. = 30.—, Kom.-Rat Stern, Alphons Stern, Rechtsanwalt Stern je 5.— = 15.—, Hauptlehrer Kissinger, N. N., Lest. je 3.— = 9.—, Wohl, Roth, Wachtel, D. Akselrod, N. N. je 2.— = 10.—, Sch. Sutra 1.50, Haber, M. Akselrod, Schwarz, Habermann, Goldmann, Sturm je 1.— = 6.—, Ruschkewitz 5.—, Erna Fließ gratuliert zur Verlobung Mirjam Reichenbach—Chajim Mazkin 5.—, Frau Anna Wittmund dankt herzlich für erwiesene Aufmerksamkeiten anl. ihres 70. Geburtstages 5.—, zusammen: 116.50.

STATT KARTEN

DR. ELIAS ROSNER
LOLA ROSNER
GEB. FREYLICH

zeigen ihre am Sonntag, 12. April 1931 stattfindende Vermählung ergebenst an

München, April 1931 / Nissan 5691
Müllerstraße 39 Rumfordstraße 6

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Ignaz Emrich, Diplomvolkswirt, München, für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Plinganserstraße 64, München.